

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration

Sitzungstermin: Mittwoch, 24.04.2019
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Ort, Raum: Beratungsraum 2.50, Haus II, St.-Georg-Straße 109, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Margit Glasow DIE LINKE.

reguläre Mitglieder

Chris Günther CDU/UFR
Jutta Reinders DIE LINKE.PARTEI
May-Britt Krüger CDU/UFR
Maximilian Hertrich SPD
Martin Karsten UFR

Stellvertreter

Phillip Bock DIE LINKE.PARTEI Vertretung für: Herrn Christian Albrecht
Sören Grümmer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Vertretung für: Herrn Torsten Sohn
Hermann Frahm Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09 Vertretung für: Frau Ingrid Köpke

Verwaltung

Karin Helke Amtsleiterin Hauptamt
Dr. Cathleen Kiefert-Demuth Gleichstellungsbeauftragte
Anika Leese Abt.-Ltr. Eingliederungshilfe
Ulrike Ludwigs Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Karin Marquardt Gesundheitsamt
Robert Pfeiffer Amt für Jugend und Soziales

Gäste

Seniorenbeirat

Abwesende Mitglieder

reguläre Mitglieder

Uwe Michaelis SPD entschuldigt
Christian Albrecht DIE LINKE.PARTEI entschuldigt
Torsten Sohn BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN entschuldigt
Ingrid Köpke Rostocker Bund/Freie Wähler entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.03.2019
- 4 Anträge
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene - Gleichstellungsaktionsplan 2019 bis 2021
Vorlage: 2018/BV/4224
- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Prüfergebnis zum Prüfauftrag "Kosten der Unterkunft: Anhebung der Obergrenze für Wohnungen in der Innenstadt"
Vorlage: 2019/IV/4479
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Stellensituation im Amt für Jugend, Soziales und Asyl (Hauptamt)
- 7.2 Bericht zur aktuellen Situation/Finanzierung der Familienhebammen (Gesundheitsamt)
- 7.3 Vorstellung der Abteilung Eingliederungshilfe im Amt für Jugend, Soziales und Asyl
- 7.4 Anfragen der Ausschussmitglieder und Informationen der Verwaltungsvertreter
- 7.5 Tagesordnung für die Sitzung am 12.06.2019
- 8 Schließen der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
--------------	--

Die Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung. Frau Glasow stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind 9 Mitglieder anwesend.

Den Ausschussmitgliedern ist die Tagesordnung am 16.04.2019 per Allris und Mail zugegangen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte fristgerecht durch Aushang im Rathaus und in den Ortsämtern und im Internet.

Frau Glasow begrüßt die Gäste.

TOP 2	Änderung der Tagesordnung
--------------	----------------------------------

Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.03.2019
--------------	---

Innerhalb der Frist ist kein Einwand eingegangen und damit gilt die Niederschrift vom 20.03.2019 als bestätigt.

TOP 4	Anträge
--------------	----------------

Anträge liegen nicht vor.

TOP 5	Beschlussvorlagen
--------------	--------------------------

TOP 5.1	EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene - Gleichstellungsaktionsplan 2019 bis 2021 Vorlage: 2018/BV/4224
----------------	---

Frau Kiefert-Demuth führt zum Ansinnen aus und bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Es wird eine Nachfrage zur Umsetzung der Maßnahmen, die ein Ziel bis 2021 darstellen, beantwortet.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt den Gleichstellungsaktionsplan 2019 bis 2021 zur EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (Anlage).

Die Maßnahmen sind zu konkretisieren, abzustimmen, mit den erforderlichen Kapazitäten zu untersetzen und in die Planungen der jeweils beteiligten Partnerinnen und Partner aufzunehmen.

Abstimmung:

Dafür:	6
Dagegen:	0
Enthaltungen:	3

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 6 Informationsvorlagen

TOP 6.1 Prüfergebnis zum Prüfauftrag "Kosten der Unterkunft: Anhebung der Obergrenze für Wohnungen in der Innenstadt" Vorlage: 2019/IV/4479

Die Verwaltung informiert zur rechtlichen Grundlage.
Die Infovorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	
Dagegen:	
Enthaltungen:	

Angenommen	
Abgelehnt	

TOP 7 Verschiedenes

TOP 7.1 Stellensituation im Amt für Jugend, Soziales und Asyl (Hauptamt)

Grundsätzliche Vorbemerkungen von Frau Helke, Leiterin des Hauptamtes, zu Stellenbesetzungen und zur Bewerbersituation. Im Organisationsbereich und Personalbereich ist jeweils 1 Mitarbeiter ausschließlich für das Fachamt zuständig. Stellenbesetzungen unterliegen Fristen, die einzuhalten sind. Dadurch kann es zu Verzögerungen bei Nachbesetzung kommen. Der prozentuale Anteil der nichtbesetzten Stellen ist im Ämtervergleich durchschnittlich. Auch eine hohe Quote an schwangeren Kolleginnen führt zu nicht besetzten Stellen.

Herr Pfeiffer ergänzt, dass es schwierig ist, Fachpersonal zu gewinnen. Die Quote an schwangeren MitarbeiterInnen ist hoch, jedoch ist es aus Sicht des Fachamtes notwendig, auch lebensjüngere Kolleginnen einzustellen, um aktiv dem Fachkräftemangel sowie dem demografischen Wandel und damit einhergehenden Altersabgängen im Amt zu begegnen. Ebenfalls führen eine aktuell hohe Zahl an gesetzlichen Änderungen zu neuen Aufgaben und verursachen damit Personalbedarf. Jede unbesetzte Stelle hat direkte Auswirkungen auf die Arbeit mit den BürgerInnen, z. B. bei der Antragsbearbeitung.

TOP 7.2 Bericht zur aktuellen Situation/Finanzierung der Familienhebammen (Gesundheitsamt)

Frau Marquardt berichtet, dass das Projekt des Einsatzes von Familienhebammen ein seit 2008 laufendes Landesprogramm des Sozialministeriums M-V ist, angesiedelt bei den regionalen Gesundheitsämtern. Familien werden beraten, der Hilfebedarf ermittelt und gegebenenfalls weitergehende Hilfen organisiert. Ziel ist es, Familien oder auch alleinerziehende Mütter/Väter frühestmögliche Angebote zur Stärkung ihrer Beziehungs- und Erziehungskompetenz zur Sicherung des Kindeswohl zu unterbreiten. Es geht um eine frühe und nicht stigmatisierende Hilfe, den Familienalltag auf das Leben mit dem Baby umzustellen.

Das Projekt wird zur 100 % vom Land gefördert. Ca. 8 bis 12 Familienhebammen wurden auf der Basis eines Honorarvertrages mit dem Gesundheitsamt tätig, die zwischen 45 und 78 Familien/Jahr betreut haben. Von dem bisherigen Stundensatz von 39 EUR sind vielfältige Ausgaben zu finanzieren. Aus Sicht der Familienhebammen nicht ausreichend für die fachlich sehr anspruchsvolle Tätigkeit mit den damit verbundenen Kosten. Das Angebot des MSIG M-V ist nun ein Stundensatz von 42 EUR. Die Familienhebammen haben ihre Tätigkeit daraufhin eingestellt.

Nun soll für 2019 aus befristeten Zeitanteilen diverser Ämter zügig eine Stelle Familienhebamme mit 30 Wochenstunden im Gesundheitsamt geschaffen werden, um das Angebot teilweise aufrechtzuerhalten. Die entsprechende Organisationsverfügung ist im Umlauf. Dem Gesundheitsamt stehen dafür 62 TEUR vom Land zur Verfügung. Für das Jahr 2020/21 wurden zwei zusätzliche Stellen mit je 30 Stunden beantragt, zum einen, um die befristeten Zeitanteile zurückzuführen, und zum anderen, um dem Bedarf annähernd gerechtzuwerden. Einen Teil der notwendigen Personalkosten kann durch den Landesanteil refinanziert werden.

TOP 7.3 Vorstellung der Abteilung Eingliederungshilfe im Amt für Jugend, Soziales und Asyl

Frau Leese, Abteilungsleiterin Eingliederungshilfe im Amt für Jugend, Soziales und Asyl, stellt ihre Abteilung inhaltlich und strukturell vor (Anlage).

Es werden Maßnahmen und Ziele des Bundesteilhabegesetzes benannt.

Nachfragen zur Aufgabe der Fachberater (wirken nach innen und außen), zum Inklusionsarbeitsplatz und zu Fallzahlen (1 : 75) werden beantwortet.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	
Dagegen:	
Enthaltungen:	

Angenommen	
Abgelehnt	

TOP 7.4 Anfragen der Ausschussmitglieder und Informationen der Verwaltungsvertreter

1. Frau Reinders fragt nach einer Entscheidung zum kostenlosen Hort- und Kita-Essen. Dies ist noch im Gesetzgebungsverfahren, danach wird eine Landesverordnung erwartet.

2. Frau Glasow fragt zum Wahlrecht für behinderter Bürger mit Betreuer. Der Betreuer muss aktiv auf die Behörde zukommen.

3. Herr Pfeiffer informiert zum Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

Bisher wurde auf Landesebene immer noch keine rahmenvertragliche Vereinbarung getroffen.

Weitere Themen sind derzeit die Verknüpfung von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe und die Abgrenzung Pflege und Eingliederungshilfe (Grundsatz des Nachrangs). Eine erste Geschäftsführertagung des Amtes mit den freien Eingliederungshilfe-Trägern ist für den 09.05.2019 anberaumt.

TOP 7.5 Tagesordnung für die Sitzung am 12.06.2019

- Anfragen und Informationen
- Tagesordnung für die Sitzung am 21.08.2019

TOP 8 Schließen der Sitzung

Die Sitzung wird um 18.30 Uhr geschlossen.